

Ressort: Politik

Wegen Rente: Bertelsmann-Studie sagt Schuldenexplosion voraus

Berlin, 31.05.2018, 18:38 Uhr

GDN - Vor der ersten Sitzung der Rentenkommission am kommenden Mittwoch sagt eine Bertelsmann-Studie dramatische Finanzierungslücken in den sozialen Sicherungssystemen voraus. Staatsverschuldung und Sozialbeiträge würden aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten "regelrecht explodieren", heißt es in der Studie, über die das "Handelsblatt" (Freitagsausgabe) berichtet.

So würden die Sozialbeiträge nach heute geltendem Recht bis 2040 von 40 auf fast 48,8 Prozent steigen, das Staatsdefizit bis dahin auf sechs Prozent im Jahr klettern, die Schuldenquote auf 80 Prozent zulegen. Bis 2060 würde der Schuldenstand 208 Prozent betragen, 2080 sogar 467 Prozent. "Die öffentlichen Finanzen in Deutschland sind aufgrund des ausgeprägten demografischen Wandels unter dem geltenden Recht langfristig nicht tragfähig", konstatiert die Studie. Überraschend sei, "dass die Entwicklung der Ausgaben und Beitragssätze in verschiedenen Demografie-Szenarien bis etwa 2040 nahezu identisch sind", sagt Studienautor Martin Werding, der auch für das Bundesfinanzministerium die Berichte zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen schreibt. Größter Kostentreiber ist die gesetzliche Rente. Werding warnt deshalb insbesondere davor, die Rentenreformen aus dem vorigen Jahrzehnt rückgängig zu machen. Würde die Regierung das Rentenniveau und den Beitragssatz wie häufig gefordert auf dem aktuellen Stand fixieren, müsste der Staat zu den heute schon rund 100 Milliarden Euro im Jahr 2030 zusätzliche 21,6 Milliarden Euro an Steuermitteln ins Rentensystem schießen, 2040 wären 75 Milliarden Euro nötig, 2060 knapp über 200 Milliarden Euro. Ohne eine Fixierung des Beitragssatzes würde dieser bis bei einer Stabilisierung des Rentenniveaus spätestens 2062 von heute 18,6 auf über 30 Prozent klettern. "Die Koalition sollte die neuen Zahlen ernst nehmen und milliardenschwere Mehrausgaben sein lassen", sagt Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der deutschen Arbeitgeber (BDA). "Es werden Wahlgeschenke verteilt, statt das Rentensystem enkel-fit zu machen. Diese Kurzsichtigkeit ist gerade gegenüber jüngeren Generationen absolut unverantwortlich", sagt auch FDP-Fraktionsgeschäftsführer Marco Buschmann.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-106959/wegen-rente-bertelsmann-studie-sagt-schuldenexplosion-voraus.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619